

Dresdener Nachrichten

Gegründet 1856

Verleger: Dr. Max Kretschmer, Dresden, Neumarkt 10/11

Druckerei: Die Buchdruckerei der Dresdener Nachrichten, Dresden, Neumarkt 10/11

Redaktion: Dresdener Nachrichten, Dresden, Neumarkt 10/11

Erste Reichstagsführung noch im August

Die Auswirkung des nationalen Sieges

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 1. August. Nachdem die Wahlschlacht geschlagen ist, wird, wie wir bereits ankündigten, entsprechend den Bestimmungen der Weimarer Verfassung, der neue Reichstag — er soll spätestens 30 Tage nach der Wahl zusammengetreten — noch im August sich zum ersten Male versammeln. Der genaue Termin läßt sich naturgemäß jetzt noch nicht angeben. Die Reichsregierung legt entgegen den Vermutungen, die vielfach in Kreislagen geäußert werden, selbstverständlich dieser Terminbestimmung der Verfassung kein Hindernis in den Weg. Die erste Aufgabe des neuen Reichstages bei seinem Zusammentritt wird die Wahl des Präsidenten sein. Wie dies bereits im Preussischen Landtag der Fall war,

freien im übrigen ganz ruhig. Ob parlamentarisch regiert wird, hängt, wie man meint, nicht so sehr von der Regierung wie vom Reichstage selbst ab. Bekanntlich dieser Reichstag, in dem die sogenannte Weimarer Koalition zur Vertretungslöslichkeit herangezogen ist und in dem auch Dr. Brüning durch noch so ausgelagerte Kandidaten aber keine Mehrheit mehr verfügen würde, sich zu der grundsätzlichen neuen Staatsführung, die durch den Entschluß des Reichspräsidenten einzuleiten ist und die, was beispielsweise Preußen angeht, immerhin auf einen greifbaren Erfolg verweisen kann, so sind eigentlich unüberwindliche Schwierigkeiten gar nicht zu sehen. Die in ihrer Zielrichtung einigen nationalen Kräfte stellen gegenüber dem Gewalt der Vererbung, des Klassenkampfes und der internationalen Abhängigkeit eine so überragende Mehrheit dar,

Das Ziel und der Weg

Die Wahlschlacht ist geschlagen, und der Bürgerfrieden hat seine Herrschaft über Deutschland angetreten. Die Reichsregierung hat ihn verordnet, damit die politische Erhebung des Wahlkampfes einigermaßen abkühlt, bis die zuständigen Regierungs- und Parteikreise dazu kommen, dem im Wahlergebnis ausgedrückten Volkswillen in der Staatsführung Rechnung zu tragen. Die eingetretene Pause gibt Zeit und Möglichkeit zur ruhigen Ueberlegung, wo liegt für Deutschland das Ziel seines Strebens liegt und auf welchem Wege es erreicht werden kann. Wie man auch immer das Wahlergebnis im einzelnen beurteilen mag, die große Bedeutung zum nationalen Gedankens hat es auf jeden Fall gebracht, indem es alle die Parteien, die irgendwie international eingestellt sind, in die Minderheit versetzt hat. Um sich darüber ganz klar zu werden und um falsche Deutungen des Wahlausfalles als solche zu erkennen, braucht man sich nur auszurechnen, welche Möglichkeiten Brünning mit seiner schwarz-roten Koalition im neuen Reichstag hätte. Er hat nach seinem Sturz bekanntlich seinen Angriff gegen Hindenburg und Papen gerichtet, um vom Volk beweisen zu lassen, daß ihm Unrecht geschehen und daß sein Regierungssystem auch für die Zukunft das einzig mögliche sei. Im alten Reichstag hatte er von Volk zu Volk immer noch eine Mehrheit von 25 bis 30 Stimmen zusammengebracht. Im neuen Reichstag würde 241 Stimmen seiner Koalition eine entscheidende Opposition von 304 Stimmen gegenüber. Mit diesen nackten Zahlen ist die Niederlage des Brüningkurses unwiderlegbar aufzuweisen.

wird nunmehr auch im Reichstage die NSDAP als die härteste Fraktion des Präsidenten stellen.

Welche Persönlichkeit die NSDAP zur Uebernahme dieses Amtes anstreben wird, ist noch nicht festgelegt. Entsprechend dem bereits durch die Bürgerfriedensverordnung zum Ausdruck gekommenen Wunsche, die politische Erregung der letzten Zeit erst einmal abebben zu lassen, wird die Regierung während der nächsten Zeit auch keine offizielle Äußerung mit den Parteien, die für ihre Unterstützung in Betracht kommen, aufnehmen. Der Reichskanzler verläßt, wie schon kurz gemeldet, am Dienstag Berlin auf einem Erholungsurlaub, von dem er am 11. August wieder zurückkehren wird. Auch von den übrigen Kabinettsmitgliedern werden einige die politische Ruhezeit, die äußerlich durch den Bürgerfrieden gekennzeichnet ist, für ihre Erholung verwenden, da die der Erledigung harrenden Arbeiten dann für längere Zeit die ganze Kraft in Anspruch nehmen werden.

dah die Zusammenarbeit zwischen Regierung und Volksvertretung sowie die Einkufnahme des nationalen Deutschlands auf die Regierungsgeschäfte selbst sich ohne weitere Hindernisse vollziehen könnte.

Es ist nicht mehr zu befürchten, daß das wiederkehrt, was das wesentliche Kennzeichen des geschlagenen Systems war: der alle Staatsautorität untergrabende Kaufhandel der Parteien untereinander und Regierungsidee, daß in den Vordergrund treten von Parteigeldern und von ergriffenen Parteipolitikern. Gewiß werden Verhandlungen und Fühlungsnahmen erfolgen, und gewiß werden auch die Männer, in deren Hände der Reichspräsident die Führung der Staatsgeschäfte legt bzw. legen wird, in Besprechungen mit den Parteien gleicher Zielrichtung eintreten, aber das alles wird auf einer ganz anderen Ebene vor sich gehen, als es bisher in dem Zusammenwirken zwischen Regierung und Reichstag üblich war. Schlichter früher die Parteien ohne Rücksicht auf sachliche Eignung ihre Exponenten in die Regierung,

so wird jetzt, wie sich bereits in Preußen gezeigt hat, der Sachkenner und Fachmann wieder berufen werden.

Auch damit, daß sich die notwendigen Beratungen, wie es früher üblich war, über Wochen erstrecken, ist jetzt nicht mehr zu rechnen. Die Arbeiten, die zu erledigen sind, können nicht auf die lange Bank geschoben werden. Bereits gegen Mitte des Monats will das Kabinett sein Wirksamkeitsprogramm fertiggestellt haben, um es der Öffentlichkeit mitzuteilen und unverzüglich in Kraft zu setzen.

Die Linke schweigt sich darüber in allen Tonarten aus und betont nur den entgegengekehrten Gesichtspunkt, daß auch der nationalen Front im neuen Reichstag 22 Stimmen — wenn man den Christlich-sozialen Volksdienst einberechnet — an der absoluten Mehrheit fehlen. Das ist ebenso unbestreitbar, beweist aber zunächst nur, daß das Wahlergebnis mehr für Papen als für Brüning ausgesprochen ist. Wenn man jedoch über die bloße Mandatsarithmetik hinaussieht und die ideale Richtung des Volkswillens in Betracht zieht, dann kommt doch auch ein positives Ergebnis heraus, das am besten vielleicht in einem Gedanken ausgedrückt ist, den Reichsinnenminister v. Geyl vor der Wahl einem französischen Journalisten gegenüber geäußert hat. Es genüge, so führte er aus, ein großes gemeinsames Ziel zu haben, um sich über die Möglichkeiten der Erreichung dieses Zieles klar zu werden. Dieses große gemeinsame Ziel ist, wie der Wahlausfall zeigt, vorhanden und wird von einer großen Mehrheit des Volkes über die Parteigränzen hinweg erfaßt. Es heißt: Wiedergewinnung der deutschen Freiheit nach außen, wirtschaftlicher Wiederaufbau und stillliche Erneuerung im Innern. Dafür, daß diese Aufgaben im richtig verstandenen nationalen und christlichen Geiste gelöst werden, sollten nach Austräumung der Schladen des Wahlkampfes wohl auch das Zentrum und die Bayerische Volkspartei zu haben sein, so daß für dieses Ziel eine große Mehrheit von etwa 350 von 607 Abgeordneten vorhanden wäre. Die schwierige Frage der nächsten Zukunft ist die nach dem richtigen Weg zu diesem Ziel.

Was den Bürgerfrieden angeht, so läßt die Regierung im übrigen keinen Zweifel darüber, daß sie keine Durchsührung mit allen Mitteln sichern wird.

Der Reichspräsident v. Hindenburg, der sich seit einiger Zeit auf seinem Gute in Reuders in Ostpreußen aufhält, wird in den ersten Tagen der kommenden Woche zu einem auf mehrere Tage berechneten Aufenthalt in Berlin einreisen. Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß er diesen Aufenthalt auch dazu benutzen wird, sich mit den Führern der Parteien, denen das Volk bei der Wahl seine Sympathie bezeugte, über die politische Lage zu besprechen. Die Frage, wie sich das Verhältnis zwischen Regierung und Reichstag gestalten wird, beurteilt man in den Regierungskreisen mit großer Vorsicht.

Der Reichskanzler über das Wahlergebnis

Die nächsten politischen Aufgaben

Berlin, 1. Aug. Der Reichskanzler gewährte heute dem Vertreter der Associated Press, Louis V. Gochner, ein Interview, in dem er rundweg und unabweislich erklärte, seine Regierung beabsichtige keinesfalls, sich um die Bildung einer Koalition im Reichstage zu bemühen, die zur Unterstützung der Reichsregierung auf die Parteien angewiesen ist, aus denen sie sich zusammensetzt.

Der Reichskanzler erklärte dann: Wenn die Wahl überhaupt eine besondere Bedeutung gehabt hat, dann besteht diese darin, daß das deutsche Volk das Bestreben der Regierung antzudeuten hat, das Land von der Parteikontrôle zu befreien. Was wir verlangen, ist, daß unter Bemühen, Deutschland von seinen Schwierigkeiten zu befreien, gebildet werde.

Meine Kollegen und ich wollen mit unserem Programm ausdauerndem Streben vor den Reichstag treten und keine Mitglieder vor die Entscheidung stellen, ob sie aus angesichts des dringenden Bedürfnisses nach objektiver, unparteilicher Arbeit aus dem Sattel zu werfen wagen.

Der Gedanke an die Möglichkeit eines Ministraussetzungs schien dem Reichskanzler, wie der Vertreter der Associated Press bemerkte, vollkommen unerwünscht zu lassen. Er sprach die Hoffnung aus, daß die Zentrumspartei, der er angehört, bevor er Reichskanzler wurde und die ihn während des Wahlkampfes scharf bekämpfte, nicht das Odium auf sich laden würde, eine neue Kabinettskrise hervorzurufen. Hinsichtlich Adolf Dillers war er der Ueberzeugung, daß der Augenblick gekommen sei, da die nationalsozialistische Bewegung am Wiederaufbau des Vaterlandes tätig mitwirken müsse.

Als der Vertreter der Associated Press fragte, was der Reichskanzler mit seiner Anspielung auf eine mögliche Verfassungsrevision in seiner letzten Rundfunkansprache gemeint habe, antwortete der Kanzler: Der jetzige Reichstag besteht, so wie er gegenwärtig aus einer einzigen Kammer besteht, nicht die Gegenwärtigkeit und Ausdehnung, die beispielsweise für amerikanische Kongress im Senat besteht. Unter Reichsrat, unser Bundesrat, kann nicht mit ihrem Senat verglichen werden. Seine Befugnisse sind weit geringer.

Ich bin der Auffassung, daß Deutschland ein Oberhaus braucht.

Eine andere Sache, die berichtet werden möchte, ist unser sogenanntes Listen-system, nach dem jede Partei eine Liste von Kandidaten aufstellt, von denen für je 60 000 erhaltene Stimmen einer als gewählt erklärt wird. Es besteht kein persönlicher Kontakt oder praktisch kein

Kontakt zwischen dem Kandidaten und seinem Wähler. Dieser hat nicht einmal einen Einfluss auf die Auffüllung des Kandidaten. Diese erfolgt für gewöhnlich durch einen kleinen Vorkandidaten der Partei. In England und Amerika muß sich ein Kandidat in seinem Wahlkreis stellen und das Vertrauen der Wähler, die ihn wählen, gewinnen. In Deutschland entscheidet ein Wähler über die Partei, die er zu unterstützen wünscht, aber er hat keinen Kontakt mit seinen Kandidaten.

Ich hoffe, daß unser Wahlsystem im dem Sinne revidiert werden wird, daß die persönliche Verantwortung des Reichstagsmitglied wiederhergestellt wird.

Hätte es gestern ein solches System gegeben, dann hätte ich in meinem heimatischen westfälischen Wahlkreis gestanden, wo mich jeder kennt, und ich hätte mich selbst als Kandidat auf der Kandidatenliste des Zentrums gemeldet. Ich bin sicher, daß ich gewählt worden wäre.

Als der Vertreter der Associated Press dem Reichskanzler darauf aufmerksam machte, daß einige amerikanische Zeitungen das Ergebnis der Reichstagswahl in dem Sinne interpretierten, daß 60 Prozent des neuen Reichstages eine republikanisch eingestellte seien, womit sie die Nationalsozialisten, die Deutschnationalen und die Kommunisten meinten, erklärte Herr v. Papen: Die Frage der Staatsform steht nicht im geringsten zur Debatte. Das Land steht bei der Wahl nicht zur Debatte. Das ganze deutsche Volk ist darum besorgt, sein Land in Ordnung zu bringen, und wir haben keine Zeit, an die Staatsform zu denken.

Zu den außenpolitischen Problemen übergehend, bemerkte der Reichskanzler, daß die deutsche Regierung nicht eine Politik der Autarkie zu ihrer Hauptpolitik mache. Er sagte: Die antarktischen Bemühungen, die wir machen, sind auch durch die Weltlage aufgezwungen worden und sind nicht aus unserem Willen hervorgegangen. Wir wollen ebenso sehr wie irgendeine andere Nation daran mitarbeiten, daß die Holzmänner niedergelassen werden und der Gütertausch erleichtert wird. Leben und leben lassen ist unser Wahlpruch. — Gegen Ende des Interviews machte der Vertreter der Associated Press dem Reichskanzler darauf aufmerksam, daß die Linkspresse der Regierung zum Vorwurf mache, daß sie gegen kommunistische Ausbreitungen Stellung nehme, aber nicht sage, daß Nationalsozialisten sich Wechselseitigkeiten auszuholen kommen lassen. Der Reichskanzler erwiderte darauf unverzüglich und bestimmt: Wer auch immer nachgewiesenermaßen für Zwischenfälle verantwortlich ist, wie für die bedauerlichen Ereignisse in Königsberg, wird ich an verfolgen. Der Reichskanzler verneinte, daß die NSDAP bestünde, die kommunistische Partei für außerhalb des Gesetzes stehend zu erklären.

1. R.	30,7	30,7
2. R.	33,5	33,5
3. R.	37,875	37,875
4. R.	40,8	40,8
5. R.	45,2	45,2
6. R.	49,6	49,6
7. R.	54,0	54,0
8. R.	58,4	58,4
9. R.	62,8	62,8
10. R.	67,2	67,2
11. R.	71,6	71,6
12. R.	76,0	76,0
13. R.	80,4	80,4
14. R.	84,8	84,8
15. R.	89,2	89,2
16. R.	93,6	93,6
17. R.	98,0	98,0
18. R.	102,4	102,4
19. R.	106,8	106,8
20. R.	111,2	111,2
21. R.	115,6	115,6
22. R.	120,0	120,0
23. R.	124,4	124,4
24. R.	128,8	128,8
25. R.	133,2	133,2
26. R.	137,6	137,6
27. R.	142,0	142,0
28. R.	146,4	146,4
29. R.	150,8	150,8
30. R.	155,2	155,2
31. R.	159,6	159,6
32. R.	164,0	164,0
33. R.	168,4	168,4
34. R.	172,8	172,8
35. R.	177,2	177,2
36. R.	181,6	181,6
37. R.	186,0	186,0
38. R.	190,4	190,4
39. R.	194,8	194,8
40. R.	199,2	199,2
41. R.	203,6	203,6
42. R.	208,0	208,0
43. R.	212,4	212,4
44. R.	216,8	216,8
45. R.	221,2	221,2
46. R.	225,6	225,6
47. R.	230,0	230,0
48. R.	234,4	234,4
49. R.	238,8	238,8
50. R.	243,2	243,2